

Anna Schor-Tschudnowskaja

Verzerrt und verfälscht. Die Instrumentalisierung der Geschichte in Russland

In Russland dominiert zunehmend ein verklärter Blick auf die eigene Vergangenheit. Sichtbar ist dies an den pompösen Feiern zum „Tag des Siegs“, aber auch an der weitgehenden Rehabilitierung Stalins. Staatsterror und Repressionen der Sowjetzeit werden ausgeblendet oder verschleiert, und Institutionen, die sich mit dem Gedenken daran befassen, zur Aufgabe gezwungen. In der Gesellschaft wird das Gedenken an Repressionen zunehmend als störend wahrgenommen, während die Haltung gegenüber Stalin immer positiver wird.

Dem „Tag des Sieges“, den Russland am 9. Mai feiert, wurde bereits zu Sowjetzeiten von Jahrzehnt zu Jahrzehnt, d.h. je weiter der Tag der Kapitulation Hitlerdeutschlands 1945

Anna Schor-Tschudnowskaja,
Dr., Assistenzprofessorin an
der Fakultät für Psychologie
der Sigmund Freud Privat-
Universität in Wien.

zeitlich zurückreichte, immer größere Bedeutung beigemessen. Im postsowjetischen Russland intensivierte sich die symbolische Aufladung dieses Datums noch wei-

ter. Anhand des 9. Mai lässt sich daher die gegenwärtige offizielle Gedenkkultur in Russland am besten studieren: Sie zeichnet sich nicht nur durch pompös gehaltenen Feierlichkeiten, sondern auch durch eine extreme Mythologisierung des Krieges 1941–1945 aus, die die Metapher des Sieges – und das meint insbesondere die erfolgreiche Durchsetzung eigener Ansprüche – zu einem zentralem Symbol und Meilenstein der gesamten Geschichte des russländischen Staates (Präsident Vladimir Putin hat die Sowjetunion wiederholt als „Russland“ unter einem anderen Namen bezeichnet) machen will.

Unkritische Verklärung der Geschichte

Die exzessive Verklärung des „Großen Vaterländischen Krieges“ (so die offizielle, aus der Sowjetzeit stammende Bezeichnung) beginnt bei der Ausblendung, dem Verschweigen oder Kleinschreiben von vielen historischen Fakten (Hitler-Stalin-Pakt 1939, Lend-Lease-Lieferungen der USA an die UdSSR usw.) und reicht bis zur Herstellung einer direkten Verbindung zwischen dem Sieg über Nazi-Deutschland 1945 und dem jetzigen Krieg gegen die Ukraine, der immer wieder (so grotesk das auch klingen mag) als „militärische Spezialoperation“ zum Zweck einer „Denazifizierung“ bezeichnet und zu einer Art Fortsetzung des heldenhaften Kampfes des Sowjetvolkes gegen den Faschismus stilisiert wird. Die offizielle russländische Geschichtspolitik verzerrt also nicht nur die Vergangenheit, sondern auch die Gegenwart.¹ Verzerrung und Verfälschung von Vergangenem wie von Heutigem dienen dem gleichen Ziel: In der Geschichte Russlands will die Führung des Landes nur die glorreiche Macht des Staates und zahlreiche heldenhafte Kämpfer aus dem Volk erkennen, die das Land gegen

böswillige Angriffe von außen verteidigt haben. Ganz in diesem Sinne verlieh Putin Ende April 2025 dem Flughafen von Wolgograd als Zusatzbezeichnung den früheren (bis 1961) Namen der Stadt, „Stalingrad“. Putins entsprechendem Erlass zufolge gehe es darum, „den Sieg des sowjetischen Volkes im Großen Vaterländischen Krieg von 1941–1945 zu verewigen“.²

Um Missverständnissen vorzubeugen: Eine offene Verherrlichung der Figur Stalins und des Staatsterrors unter dessen Herrschaft hat sich Putin (bisher) nicht erlaubt. Was aber Putins Regime seit Jahren vorantreibt, ist eine nostalgische Mythologisierung und Verharmlosung dieser historischen Figur: die Erinnerung an Stalin und die Bezüge auf seine Herrschaft sollen so unkritisch wie nur möglich ausfallen. Staatsverbrechen, Terror, Machtwillkür etc. sind unbequeme und unwillkommene Themen für Geschichtspolitik und -didaktik. Der häufigste Umgang damit lässt wohlwollende Ausblendung des Terrors oder gar eine Achtung vor Stalin erkennen. Politisch oder moralisch kontaminiert ist die Figur Stalins im öffentlichen Bewusstsein schon lange nicht mehr. So kommt auch Darja Moskalenskaja bei einer Analyse (2022) der postsowjetischen Schulbücher für das Fach Geschichte zum folgenden Schluss: „Generell zeichnen sich die Schulbücher der 1990er und frühen 2000er Jahre durch eine emotionalere Darstellung des Themas [Repressionen in der UdSSR] aus. Repressionen wurden dabei als Teil des totalitären Systems betrachtet. Mit der Zeit verschwindet der Begriff ‚Totalitarismus‘ aus den Lehrbüchern, und die neuesten Ausgaben zeichnen sich durch einen vorsichtigeren und zurückhaltenderen Ansatz aus. Einige Autoren versuchen, die Behandlung dieses problematischen Themas auf ein Minimum zu reduzieren.“³

Die fehlenden Kontaminierungsgänge erklären, warum die russländischen Besatzungsbehörden in der ukrainischen Stadt Mariupol, die 2022 (wie übrigens auch die tschetschenische

**Die offizielle
russländische
Geschichtspolitik
verzerrt nicht nur die
Vergangenheit, sondern
auch die Gegenwart.**

1) Scherbakowa, Irina: 70 Jahre später. Kriegserinnerung im heutigen Russland. In: RGOW 43, 8 (2015), S. 10–13.

2) <http://kremlin.ru/acts/news/76826>

3) <https://cyberleninka.ru/article/n/osveschenie-sovetskoy-repressivnoy-i-diskriminatsionnoy-politiki-v-postsovetskikh-shkolnyh-uchebnikah/viewer>



Militärparade in Moskau am 9. Mai 2025 zum 80. Jahrestags des Endes des Zweiten Weltkriegs. Foto: Shutterstock.com

Hauptstadt Grosny in den Kriegen 1994–1996 und 1999–2009) weitgehend zerstört wurde, eine ausgerechnet dem stalinistischen Partei- und Kulturfunktionär Andrej Zhdanov (1896–1948) gewidmete Ausstellung eröffneten. Diese ist Bestandteil eines neuen Museums, das als Zweigstelle des St.-Petersburger Museums der Verteidigung und Belagerung von Leningrad konzipiert wurde. Mariupol, wo Zhdanov geboren worden war, trug zwischen seinem Todesjahr und 1989 seinen Namen und erhielt während der Perestrojka seine historische Bezeichnung zurück. Die Unterschrift Zhdanovs (neben anderen Mitgliedern der damaligen Sowjetführung) unter vielen Listen von Opfern aus der Zeit des „Großen Terrors“ unter Stalin bedeutet unzweifelhaft, dass er unmittelbar für den Tod von Tausenden Menschen (mit)verantwortlich war. Das neue Museum feiert Zhdanov allerdings als heldenhaften Patrioten der UdSSR; seine Beteiligung am Staatsterror wird konsequent ausgeblendet. Und so ersetzt man einmal mehr unangenehme historische Tatsachen durch glorreiche Fiktionen – und zwar nicht nur in Russland, sondern auch in den militärisch eroberten Territorien der Ukraine. Nach Angaben von Boris Piotrovskij, Vizegouverneur von St. Petersburg, der bei der feierlichen Eröffnung anwesend war, wurde das Museum auf Anweisung Putins geschaffen; es sei dem 80. Jahrestag des Sieges gewidmet. Piotrovskij betonte auch, dass die „Erhaltung des historischen Erinnerns“ für ihn und den Gouverneur von St. Petersburg, Alexander Beglov, eine wichtige strategische Aufgabe sei⁴ – die freilich auf die Glorifizierung der Staatsgeschichte Russlands abzielt.

Gesellschaftliches Desinteresse am Gedenken

Die offizielle russländische Gedenkkultur passt zu jener in der großen Mehrheit der Bevölkerung. Als prägnantes Beispiel kann die 2013 ins Leben gerufene Initiative „Die letzte Adresse“ gelten, die auf einer Zusammenarbeit mit der international bekannten russischen NGO Memorial basierte bzw. auf deren Archive und Recherchemöglichkeiten angewiesen war. Die zentralen Organe von Memorial wurden 2021 – am Vorabend des Großangriffs gegen die Ukraine – verboten, und die wichtigsten Akteure mussten Russland verlassen. Doch die „Letzte Adresse“ konnte dank einiger mutiger ehrenamtlicher

Aktivisten bisher weitermachen. Diese Initiative hat sich zum Ziel gesetzt, den Opfern des Staatsterrors in der Sowjetunion (vor allem unter Stalin zwischen 1933 und 1953) zu gedenken. Die Erinnerung an die Millionen Terroropfer sollte u. a. dadurch wachgehalten werden, dass man russlandweit Tafeln an den Fassaden jener Häuser anbrachte, in denen die jeweiligen Opfer zuletzt gewohnt hatten. Der Umstand, dass die Initiative überhaupt noch existiert, geht kurioserweise wahrscheinlich darauf zurück, dass sich kaum jemand für sie interessierte. Eine 10 x 17 cm große Gedenktafel aus rostfreiem Stahl wird ganz einfach mit vier Schrauben an einer Fassade befestigt (und kann natürlich genauso leicht wieder entfernt werden). Bürokratisch aber bedurfte es eines erheblichen Aufwandes – auch, weil viele Privateigentümer und Bewohner der betreffenden Gebäude der Anbringung der Tafeln skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden.⁵ Dabei konnte man oft scheinbar unpolitische und trivial klingende Begründungen hören: Man wolle sich nicht mit weit zurückliegenden Ereignissen befassen, die nur die Stimmung trüben; man verstehe nicht, wozu Hinweise auf „etwas Negatives“ an einer schönen Fassade dienen sollen usw.

Insbesondere in den letzten drei Jahren nahm der Widerstand in der Bevölkerung gegen die Tafeln merklich zu, was sich in zahlreichen Vorkommnissen von Vandalismus äußerte. Oft verschwinden die Tafeln einfach über Nacht, und wie sollte man rekonstruieren, wer dafür verantwortlich ist? In jenen seltenen Fällen, in denen solche Vandalenakte von ihren Urhebern begründet werden, kommt regelmäßig das Motiv zum Ausdruck, dass man die Geschichte des eigenen Landes nicht „anschwärzen“ lassen wolle. Und genau dieses Wort fällt auch unablässig in offiziellen Verlautbarungen zu allen möglichen innen- wie außenpolitischen Ereignissen, die so gut wie immer darauf hinauslaufen, dass Russland gegen „feindliche Kräfte“ kämpfen müsse, die seine glorreiche Geschichte verfälschen wollten. Immer wieder fällt auf, dass sich die beiden Argumente – man wolle sich die Laune nicht verderben lassen und die eigene Geschichte gegen „Angriffe von außen“ schützen – ausgezeichnet ergänzen: Nur „Feinde Russlands“ könnten „etwas Negatives“ in dessen Geschichte finden und die Stimmung drücken wollen, weshalb jede öffentliche Thematisierung der sowjetischen Staatsverbrechen als *a priori* verdächtige, subversive Geste wahrgenommen wird.

Es ist bemerkenswert, wie oft ausgerechnet „gute Laune“ als Argument vorgebracht wird, wenn es um die Erinnerung an den Staatsterror geht. So hat sich auch Valerij Fadejev, Vorsitzender des sog. „Menschenrechtsrates“ (ein von der Präsidentialadministration Putins ins Leben gerufenes Gremium, das den Anschein erwecken soll, sich mit Menschenrechtsverletzungen zu beschäftigen), negativ über die „Letzte Adresse“ geäußert: *„Stellen Sie sich doch vor, Sie gehen durch diese wunderschöne Stadt [Moskau] und an jedem Gebäude sind Tafeln angebracht. Hier wurden die einen Repressionen unterzogen, dort die anderen. Aber in dieser herrlichen Stadt und in diesen Gebäuden*

4) <https://www.svoboda.org/a/rossiya-otkryla-v-mariupole-muzej-andreya-zhdanova/33317293.html>

5) Ausführlich zu dieser Initiative vgl. Schor-Tschudnowskaja, Anna: Internationale Bewegung „Die letzte Adresse“. Wie die Idee der Stolpersteine in eine Erinnerung an den Staatsterror in der Sowjetunion umgewandelt wird. In: Kavčič, Silvija; Schaarschmidt, Thomas; Warda, Anna; Zündorf, Irmgard (Hg.): Steine des Anstoßes. Die Stolpersteine zwischen Akzeptanz, Transformation und Adaption. Berlin 2021, S. 239–263.

lebten doch nicht nur repressierte und ermordete Menschen. Lasst uns eine Tafel anbringen, dass hier eine Lehrerin lebte, die von der ganzen Nachbarschaft geliebt wurde. Und hier lebte ein ausgezeichnete Drehler.“⁶

Im gleichen Gespräch mit Journalisten äußerte sich Fadejev ebenfalls negativ über jene, die jährlich am 30. Oktober, dem seit der Perestrojka bestehenden Erinnerungstag an die Opfer politischer Repressionen, am sog. Solovezkij-Stein auf dem Lubjanka-Platz im Zentrum von Moskau der stalinistischen Säuberungen gedenken. In den letzten Jahren kamen freilich nur noch wenige Dutzend Menschen zu diesem Stein, der 1990 auf Initiative von Memorial von den Solovezkij-Inseln (wo 1923 das erste sowjetische Arbeitslager errichtet worden war) nach Moskau transportiert und gegenüber dem Hauptquartier des damaligen Komitees für Staatssicherheit (KGB) aufgestellt worden war. Heute ist im gleichen Gebäude die Zentrale des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB), einer der wichtigsten Stützen von Putins Macht, untergebracht. Fadejev erklärte, dass es für die Mitarbeiter des FSB sehr unangenehm sein müsse, eine Gedenkstätte vor ihren Fenstern zu haben, da diese „als Vorwurf“ wahrgenommen werden könnte. Er sprach sich daher dafür aus, den Solovezkij-Stein und damit auch die Gedenkzeremonie an jedem 30. Oktober an einen anderen Ort zu verlegen, um die Stimmung der FSB-Leute nicht zu beeinträchtigen.

In diesem bizarren Stil verlief zeitgleich eine Debatte um das 2001 eröffnete Moskauer Gulag-Museum, die letzte große öffentliche Einrichtung Russlands, die sich mehr oder weniger eingehend der Geschichte des sowjetischen Lagersystems (Gulag) und ihrer Sichtbarmachung widmete. Im November 2024 wurde das Museum plötzlich mit Verweis auf angebliche technische Mängel im Gebäude vorläufig geschlossen. Es hieß, dass es nach deren Beseitigung wieder öffnen würde. Allerdings wurde auch der langjährige Direktor Roman Romanov entlassen. Es kursierten lediglich Gerüchte und Spekulationen über das künftige Schicksal der der Präsidentialadministration gegenüber loyalsten Gulag-Gedenkstätte Russlands: Seit der Eröffnung war das Museum immer wieder dafür kritisiert worden, dass es den sowjetischen Staatsterror in einer allzu schonenden Version darstellte, was den heutigen Machthabern entgegenkam. Doch sogar das reichte der Präsidentialadministration offenkundig nicht mehr aus: Im Januar 2025 wurde die Führung des Gulag-Museums der Direktorin des Moskauer Stadtmuseums Anna Trapkova anvertraut, die bisher durch ihr konsequentes Herunterspielen bis Verschweigen der staatlichen Repression in der Darstellung der sowjetischen Periode der Geschichte Moskaus aufgefallen ist.

Veränderte Wahrnehmung der Geschichte

Auch außerhalb von Moskau mehrten sich in den letzten Jahren mysteriöse Vorfälle von Vandalismus an Gedenkort und -tafeln, wobei hier ein Echo des Krieges Russlands gegen die Ukraine zu erkennen ist: Oft waren Opfern aus Litauen, Polen und eben der Ukraine gewidmete Grab- und Gedenkstätten betroffen. Anfang 2025 waren mehrere Dutzend Fälle von Vandalismus und Zerstörung in 15 Regionen Russlands

bekannt. Menschenrechtsaktivisten fiel auch auf, dass die russländische Staatsanwaltschaft längst abgeschlossene Rehabilitierungsverfahren wieder aufgenommen hat, um den Opfern des stalinistischen Staatsterrors die Rehabilitierung abzuverleihen, wenn sie glaubt nachweisen zu können, dass diese Menschen etwas mit ukrainischen nationalistischen oder Unabhängigkeitsbewegungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu tun hatten; das betrifft inzwischen einige Tausend Verfahren. Die Auseinandersetzungen um die Führung und Ausrichtung der beiden bedeutsamen musealen Einrichtungen in den Städten Perm („Perm-36“, auf dem Gebiet eines ehemaligen Arbeitslagers⁷) und Tomsk (in einem ehemaligen Gefängnis des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten/NKWD), die quasi verstaatlicht (also in loyale Hände gegenüber der Staatsmacht übergeben) wurden, reihen sich nahtlos in eine Reihe von Ereignissen ein, die alle in die gleiche Richtung weisen.

Die letzte umfassende und gezielte Untersuchung der Meinungen über Stalin in der Bevölkerung Russlands liegt zwar etwa zwei Jahre zurück, doch dürften sich seither kaum signifikante Änderungen eingestellt haben. Auf die Frage nach der persönlichen Einstellung zu Stalin entgegneten 2023 47 Prozent der Befragten, ihn zu achten; 23 Prozent gaben Gleichgültigkeit, 9 Prozent Sympathie und weitere 7 Prozent Begeisterung an.⁸ Die negativen Gefühle (Ekel, Angst, Antipathie etc.) erreichten zusammen nur 9 Prozent. Es ist aufschlussreich, diese Daten mit einer ähnlichen Erhebung von 1992, also kurz nach der Perestrojka und dem Zerfall der Sowjetunion, zu vergleichen. Seit damals hat sich das Meinungsklima drastisch verändert: Während 1992 immerhin 37 Prozent der Befragten die Einschätzung, dass Stalin ein „großer Führer“ gewesen sei, kategorisch oder eher zurückwiesen, waren es 2023 nur noch 12 Prozent. Und zeigten sich 1992 lediglich 29 Prozent der Befragten mit dieser Feststellung „ganz“ oder „eher einverstanden“, waren es 2023 bereits 54 Prozent. Da war es nur folgerichtig, dass die Behörden in der wichtigen Moskauer U-Bahn-Station „Kurskaja“ die alte sowjetische Inschrift „Wir wurden von Stalin erzogen, um dem Volk treu zu bleiben“ wieder anbrachten.

Die etablierte Trennung zwischen Opfern und Tätern hilft dabei nicht, diese Gedenkkultur zu verstehen. Die Verehrung und Achtung für Stalin oder auch nur die Gleichgültigkeit ihm gegenüber kommt nämlich auch in Familien vor, deren Vorfahren in der UdSSR staatlichen Repressionen ausgesetzt waren. Es sind also nicht nur die Täter, deren Geschichtsdenden leicht manipulierbar ist, sondern sehr verschiedene Menschen: Nachkommen der Opfer wie Täter, Geschichtsinteressierte und solche, die keine Ahnung davon haben (oder haben wollen), wie die Menschen in der Sowjetunion gelebt haben. Sie alle aber waren und sind gleichermaßen einer politischen Kultur ausgesetzt, die schleichend, aber nicht minder nachhaltig die Vorstellung etabliert, dass der sowjetische Staat nicht nur ein gutes Vorbild dafür sein kann, wie eine gerechte politische Ordnung auszusehen hat, sondern dass man auf diesen Staat rückblickend stolz sein sollte.

6) <https://www.rbc.ru/politics/03/12/2024/674eac9c9a794723ac52bfa5> (11.05.2025).

7) Giesen, Anke: Geschichtspolitik in Russland. Umgang mit Gulag und Repressionen. In: RGOW 45, 12 (2017), S. 10–13.

8) <https://www.levada.ru/2023/08/15/otnoshenie-k-stalinu/>